

„DEUTSCHE OPFER – OPFER DER DEUTSCHEN!?“
ANMERKUNGEN ZU MIGRATIONSPROZESSEN IN
DEUTSCHLAND ANHAND AUSGEWÄHLTER
PUBLIKATIONEN (TEIL 2)¹

„Flucht und Vertreibung“ – es gibt nur wenige andere zeitgeschichtliche Themen, die in ähnlicher Weise emotional aufgeladen und politisch ausgebeutet wurden. Schon allein die Verwendung der entsprechenden Begriffe scheint die sofort kritisch hinterfragte Diskursposition der Akteure zu spiegeln: Flucht, Vertreibung, Austreibung, Umsiedlung, Abs Schub, Aussiedlung, Transfer? Das gilt bis heute. Auch in der Bundesrepublik Deutschland. Politisierung und Ideologisierung des Themas gehörten während des Kalten Krieges zum integrativen Bestandteil des Diskurses in der Bundesrepublik Deutschland. War man dafür oder dagegen? Wofür und wogegen? Auch Historiker haben Plädoyers in Sachen ‚Vertreibung‘ geführt, zumindest erlagen neben Publizisten auch Wissenschaftler aller Couleur dem Drang zur Rechthaberei und zum Schreiben mit erhobenem Zeigefinger. Angesichts der überhitzten gegenwärtigen Diskussion um ein vom Bund der Vertriebenen (BdV) geplantes „Zentrum gegen Vertreibungen“ könnte ein in die Zukunft gerichteter Beitrag der Wissenschaft unter anderem darin bestehen, den Erinnerungs- und Deutungsraum „Flucht und Vertreibung“ zu entmoralisieren und entpolitisieren.

*Zur gegenwärtigen Popularisierung von Zwangsmigrationen
im massenmedialen Diskurs*

Mit der aktuellen Debatte um ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ hat das Reden über Flucht und Vertreibung in Deutschland erneut einen publizistischen Höhepunkt erreicht. Beinahe täglich fanden sich dazu im Sommer und Herbst 2003 entweder in regionalen und überregionalen Zeitungen, in Zeitschriften, im Radio und/oder im Fernsehen Berichte, Analysen und Stellungnahmen. Diese Debatte ist zusammen mit der teilweise parallel laufenden Diskussion um deutsche Kriegsgefangene und Bombenopfer Teil einer größeren massenmedialen ‚Erinnerungsoffensive‘, die 2001 mit den beiden TV-Produktionen von ARD und ZDF einen ersten Höhepunkt erreichte. Den mehrteiligen Ausstrahlungen folgte Anfang 2002 eine ausführliche Debatte im politischen Feuilleton um das die Vertreibung thematisierende Buch „Im Krebsgang“ von Günther Grass sowie um die Beneš-Dekrete, nachdem provokante Interview-Äußerungen des damaligen tschechischen Minister-

¹ Dieser Beitrag knüpft an den folgenden Aufsatz an: Franzen, K. Erik: Eine vergessene Perspektive? Anmerkungen zu Migrationsprozessen in Deutschland anhand ausgewählter Publikationen. In: Bohemia 41 (2000) 393-401.

präsidenten Miloš Zeman eine Lawine kritischer Meinungsäußerungen losgetreten hatten. Ein Trend ließ sich bereits frühzeitig spüren: Unter Verweis auf die bisherigen Diskussionen um den Nationalsozialismus wurde innerhalb dieses Opferdiskurses der Vorwurf konstruiert, die Leiderfahrungen deutscher Opfer seien in der Geschichte Deutschlands zu wenig berücksichtigt oder gar tabuisiert worden, demgemäß sei es endlich an der Zeit, auch der eigenen Opfer zu gedenken. Dass ein solcher Vorwurf so allgemein nicht haltbar ist, zeigt schon ein oberflächlicher Blick auf den Umgang mit „Flucht und Vertreibung“ in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945: Immer wieder – wenn auch historischen Konjunkturschwankungen unterworfen – manifestierte sich der Themenkomplex auf politischer, wissenschaftlicher und literarischer Ebene: Eine ‚Erinnerungslücke‘ sucht man vergebens. Der Streit, um den es in der gegenwärtigen, mittlerweile transnationalen Debatte geht, ist ein politischer: Auf der einen Seite wird von Vertretern der Vertriebenenverbände ein zentraler Erinnerungsort der deutschen Opfer von „Flucht und Vertreibung“ in Berlin gefordert, auf der anderen Seite haben sich Befürworter eines europäisch konzipierten Erinnerungsraumes versammelt, in dem die europäischen Zwangsmigrationen des 20. Jahrhunderts aus einer internationalen Perspektive beleuchtet werden sollen.

Identitätsmanagement

Dem Übergang von der ‚Erlebnis-‘ zur ‚Bekanntnisgeneration‘ entspricht die zunehmende Bedeutung des kulturellen Gedächtnisses gegenüber dem kommunikativen Gedächtnis der Vertriebenen. Markante Ausprägungen des kulturellen Gedächtnisses, also des für das Selbstbild einer Gruppe über die Generationen hinweg wichtigen Speichergedächtnisses – zum Beispiel in Form von Wiedergebrauchstexten, Denkmälern, Ritualen oder Gedenktagen – fanden sich jedoch bereits sehr früh nach der Vertreibung; neben den Hunderten von Mahnmalen und Heimatstuben sei an dieser Stelle besonders auf die identitätsbildenden, jährlichen Heimattage und die Patenschaften deutscher Städte, Gemeinden und Bundesländer verwiesen. Das kulturelle ist ein politisches Gedächtnis. Wenn Peter Glotz in seinem Buch „Die Vertreibung. Böhmen als Lehrstück“ behauptet, sein Werk sei kein historisches, sondern ein politisches, verweist er damit gleich zu Beginn auf den entscheidenden Entstehungskontext: Glotz ist neben Erika Steinbach der zweite Initiator des „Zentrums gegen Vertreibungen“. Das Buch zum „Zentrum“? Irgendwie schon.

Kann man die konflikthafte böhmische Geschichte nach 1848 wirklich nur als „Prozess der Verfeindung“ erklären? Zu wenig ist zu lesen von Spielräumen und Visionen friedlichen Zusammenlebens, von der Darstellung der vorhandenen Loyalitäten im gesellschaftspolitischen Miteinander. Verbarg sich nicht hinter einer manchmal ethnisch angemalten Diskursmaske auch einfach Machtpolitik? Welche Bedeutung besaßen religiöse Motive in der Auseinandersetzung?

So verdienstvoll es ist, den Finger in die Wunden aller Protagonisten zu legen, die absurden und menschenverachtenden Weltbilder und Wahnideen im 19. und 20. Jahrhundert aufzuzeigen, die schließlich das Scheitern der Verständigung zwischen den Nachbarn zur Folge hatten und viele Menschenleben kosteten, so fragwürdig gestaltet sich Glotz' methodischer Zugang: Gedanken, Absichten und

Politik der großen Männer. Innovativ ist das nicht unbedingt. Wo bleiben zum Beispiel die „ganz normalen Männer“?

Die mittlerweile gefährdete oder gar schon verlorene Deutungshoheit in der gegenwärtigen Auseinandersetzung soll durch diese Publikation gewahrt bleiben oder wiedergewonnen werden. Und genau an dieser Stelle vergibt Glotz eine große Chance. Statt das Thema Flucht und Vertreibung in seine elementaren transnationalen Zusammenhänge einzuordnen, es vergleichend zu hinterfragen, führt er uns lediglich ein deutsch-tschechisches Drama vor. In einem Aspekt ähnelt der Aufbau seines Buches damit dem stark kritisierten Konzept der Stiftung: Wenn man auf zweihundertdreißig Seiten Geschichte vorwiegend national durchzudeklinieren versucht und dann den Fall Böhmen in einem zehnteiligen Epilog als beispielhaft für weitere europäische Migrationsprozesse wertet, ohne Belege für diese gewagte und letztlich auch so nicht haltbare These zu liefern, bleibt ein schaler Nachgeschmack. Und warum hört Glotz mit dem Jahr 1945 auf? Ein politischer Schachzug?

Nur mehr eine Chiffre? Die Beneš-Dekrete

Die Diskussion um die Beneš-Dekrete hat seit dem Jahr 2001 mit ungeheurer Wucht Eingang in die deutsch-tschechischen Beziehungen gefunden. Die Art und Weise des Aufbrechens alter Wunden unter schon fast verloren geglaubten nationalen Vorzeichen hat viele Beobachter und Teilnehmer des immer noch schwierigen Verständigungsprozesses zwischen Deutschen, Sudetendeutschen und Tschechen jedoch nachhaltig verstört. Vielleicht war es an der Zeit, endlich auch über die „Dekrete des Präsidenten der Republik“ zu reden, aber dass sich in der europäisch geführten Debatte, die mehrere Diskursebenen berührte, ein derartiger Nachholbedarf über die historischen und politischen Kontexte offenbarte, war erstaunlich. Noch heute – und das nur als Beispiel – gerät manchen Akteuren gelegentlich die Zahl der verabschiedeten Dekrete durcheinander. Inzwischen hat sich die Anzahl juristischer und geschichtswissenschaftlicher Studien auf deutscher und tschechischer Seite zum Thema Beneš-Dekrete deutlich vermehrt.² Trotzdem zeigen die anhaltenden Auseinandersetzungen im internationalen Wissenschaftsgefüge, in der Presse und in der Politik, dass immer noch Aufklärungsbedarf besteht. In der breiten Öffentlichkeit ist das Thema noch nicht angekommen. Erfreut nimmt man also das Buch von Niklas Perzi in die Hand: „Die Beneš-Dekrete. Eine europäische Tragödie“. Um es gleich nach dem Studieren des Inhaltsverzeichnisses erschrocken beiseite zu legen. Etikettenschwindel, denn Perzi geht es gar nicht um die Dekrete selbst. Der Autor begreift sie nämlich als „Chiffre für die deutsch-tschechischen

² Besonders erfreulich ist in diesem Zusammenhang das Erscheinen einer zweisprachigen, kommentierten Edition der Dekrete und Gesetze, von denen die in der Tschechoslowakei lebenden Deutschen und Magyaren betroffen waren. Jech, Karel / Kuklík, Jan jr. / Mikule, Vladimír (Hgg.): Němci a Maďari v dekretach prezidenta Republiky. Studie a dokumenty 1940-1945 / Die Deutschen und Magyaren in den Dekreten des Präsidenten der Republik. Studien und Dokumente 1940-1945. Přeložili Jan Hon, Wilfrid Antusch, Eva Hošková. Praha 2003.

Beziehungen in den Böhmischen Ländern“. Wo fängt man da zu erzählen an? Richtig, mit den Hussiten könnte man durchaus beginnen.

Ein Exkurs zur böhmischen Geschichte auf 365 Seiten. Perzi will vor allem bereits erbrachte Forschungsergebnisse vermitteln, was ihm zum Teil auch eindrucksvoll gelingt. Die einzelnen Stränge sind meist gut erzählt und leicht nachvollziehbar. Die Perspektive des Autors in dem doch recht zerfurchten Diskussionsgelände kommt zudem im Großen und Ganzen ausgewogen daher: Perzi will beiden Sichtweisen auf die böhmische Geschichte gerecht werden. An den Stellen, an denen er jedoch unvermeidbare eigene Einbettungen und Interpretationen liefern muss, überwiegt die Kritik an der tschechischen Tradition der Geschichtsdeutung.

Wäre es nicht eine großartige Chance gewesen, sich intensiver mit den Dekreten, ihrer Entstehungsgeschichte und ihrer diskursiven Instrumentalisierung auseinander zu setzen? Perzi hinterfragt leider nur in Ansätzen, wie die Beneš-Dekrete zu einer Chiffre der deutsch-sudetendeutsch-tschechischen Beziehungen werden konnten, wer ein Interesse daran haben könnte und wie man dem Dilemma entgegen sollte. Denn dass die historische und politische Aufladung der zunächst provisorischen Rechtsnormen selbst ein wichtiger Grund für die gegenwärtigen Belastungen im europäischen Nachbarschaftsgefüge sind, kann kaum von der Hand gewiesen werden. Trägt Perzi mit der Anlage seines Werkes zu dieser gefährlichen Aufladung bei?

Das Beispiel Celle: Der regionale Blickwinkel

Ganz anders als die Bücher von Glotz und Perzi nähert sich der Sammelband „Zwischen Heimat und Zuhause“ der Problematik von „Flucht und Vertreibung“. Es geht erstens nicht mehr um den deutsch-tschechischen Aspekt. Zweitens setzen die einzelnen Untersuchungen nach 1945 ein und berücksichtigen damit vor allem den konflikthafter Integrationsprozess von Zuwanderern und Alteingesessenen. Und drittens wird als Ausgangsposition fast aller Beiträge ein regionaler Bezugspunkt gewählt: der niedersächsische Landkreis Celle in der Lüneburger Heide.

„Flucht und Vertreibung“ als Tabuthema in der Bundesrepublik Deutschland? Welche Rolle spielte der Integrationsprozess in der neu formierten Gesellschaft, wie spiegelte sich der Zwangsmigrationsvorgang auf den verschiedenen diskursiven Ebenen wider? Welche Funktion besaß das Reden über „Flucht und Vertreibung“ für die verschiedenen Akteure? Mit einer spürbaren Lust deklinieren die jeweiligen Autoren mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen die verschiedenen Aspekte der Eingliederung der Vertriebenen durch: Einmal geht es um die Funktion des sozialen Wohnungsbaus, dann werden mentalitätsgeschichtliche Gesichtspunkte anhand von Äußerungen vertriebener Gymnasiasten über ihren Heimatverlust gestreift. Ein komparativer biographischer Ansatz widmet sich zwei bedeutenden Flüchtlingspolitikern der frühen Nachkriegszeit, Erich Schellhaus und Heinrich Albertz. Ein Schwerpunkt liegt zudem in der Betrachtung des Niederschlags von „Flucht und Vertreibung“ im kulturellen Gedächtnis: Das Flüchtlingsbild im deutschen Nachkriegsfilm („Grün ist die Heide“) wird ebenso skizziert wie das von Arno Schmidt, einem der bedeutendsten deutschen Nachkriegsschriftsteller; die Heimatgeschichtsschreibung am Beispiel von Celler Dorfchroniken wird genauso analysiert wie die

Erinnerung an „Flucht und Vertreibung“ im öffentlichen Raum anhand von Denkmälern und Gedenksteinen.

Die Flüchtlinge und Vertriebenen wurden zwar teilweise entschädigt und hatten einen erheblichen Anteil an der Schaffung des Wirtschaftswunders, von dem sie ebenfalls dauerhaft profitierten. Ihre Aufnahme in der Bundesrepublik brachte jedoch zahlreiche Hindernisse mit sich. Am problematischsten muss in dieser Hinsicht wohl die politische Instrumentalisierung der Lebensgeschichten der oft als fremd klassifizierten Neuankömmlinge angesehen werden. Ihr Schicksal? Einerseits von der politischen Elite offiziell alimentiert, aber sukzessive in den musealen Raum abgeschoben und andererseits von der Vertriebenenlobby für deren rückwärtsge wandte Entschädigungspolitik ausgenutzt zu werden. Schmerz und Verlust fanden keinen Raum mehr, außer im Schweigen vieler Betroffener, wie der Band anschaulich zeigt. Vielleicht ist dies einer der Gründe dafür, dass die Rückkehr der deutschen Opfererinnerung zur Zeit soviel Zündstoff bietet.

Der Nachkrieg als historisches Setting eines synchronen Vergleichs

Im Zentrum der Nachkriegsgesellschaft stand die Zerstörung durch den Zweiten Weltkrieg, standen Leid und die Opfer. Um deren Anerkennung, Entschädigung und um die Deutung der Krisenjahre der Deutschen entbrannte schnell ein gesellschaftlicher und politischer Streit, der für das Selbstverständnis der Deutschen und für die Konstruktion Westdeutschlands von enormer Bedeutung war. Klaus Naumann, der Herausgeber des Sammelbandes „Nachkrieg in Deutschland“, verdeutlicht in seiner Einleitung, dass dabei lange Zeit die Leidenskonkurrenz von deutschen und nicht-deutschen Opfern der konstituierende Bezug bundesdeutscher Selbstsuche war: So wiege z.B. für die einen das erfahrene Leid der Vertriebenen die von Deutschen begangenen Gewalttaten auf, während andere ausgesprochen oder unausgesprochen forderten, das Leid der Vertriebenen habe eben angesichts dieser Untaten zurück-zustehen.

Der Erinnerungsort „Flucht und Vertreibung“ steht in dem vom Hamburger Institut für Sozialforschung herausgegebenen Band in direkter Nachbarschaft zu weiteren Topoi erfolgter oder verdrängter kollektiver und individueller Memorierung in Deutschland. Der überaus ergiebige, weil neuartige Vergleich bundesdeutscher Opferkulturen schließt dabei die Thematisierung von Kriegsgefangenschaft bzw. Kriegsheimkehrern ebenso ein wie die Betrachtung der Bombardierung deutscher Städte, der Veteranenkultur in der Bundesrepublik und der Massenvergewaltigung deutscher Frauen am Ende des Zweiten Weltkrieges.

Die verschiedenen Beiträge mit ihren durchaus unterschiedlichen Blickrichtungen eint ihre Bezugnahme auf den Nachkrieg als einem Bedeutungsraum, der seine nachhaltige Imprägnierung durch die vorangegangene massive Gewalt erhalten habe. Zudem lässt sich der Sammelband als ein Plädoyer für die Fokussierung auf „das empirische Subjekt erfahrener, erlittener und ausgeübter Gewalt“ (S. 21) lesen. Damit in einem engen Zusammenhang steht das bereits oben gestreifte Motiv für die aktuelle ‚Erinnerungsoffensive‘ in Deutschland: Ein kennzeichnendes Merkmal fast aller hier angedeuteten Orte deutscher Leiderfahrungen ist die „gespaltene Erinne-

„rung“. Dahinter verbirgt sich die Tatsache, dass es zwar einen breiten öffentlichen, national geprägten Opferdiskurs gegeben hat, das individuelle Erinnern hingegen viele Jahrzehnte in der Öffentlichkeit ausgeblendet worden ist und sich entweder Neben-Öffentlichkeiten suchen musste oder – wie bei den vergewaltigten Frauen – fast gänzlich in den privaten Raum abgeschoben wurde.

Der Blick nach oben: Vertreibung und Elitenforschung

Einen zusätzlichen Reiz bietet die Frage nach der Schnittmenge von Flüchtlings- und Elitenforschung. Wie groß war diese Schnittmenge? Flüchtlinge und Vertriebene spielten und spielen in der zeithistorischen Elitenforschung eine sehr geringe Rolle, da sich das Interesse der Wissenschaftler entlang der Integrationsprozesse bewegte, die – wenn sie überhaupt in den Fokus der Analyse rückten – zunehmend als soziale Abstiegsphänomene interpretiert wurden. Deshalb ist es ein Verdienst des von Günther Schulz herausgegebenen Sammelbandes „Vertriebene Eliten“, die oben skizzierte Schnittmenge ein wenig zu vergrößern. Neben Beiträge zu dem in der Elitenforschung schon länger etablierten Bereich des Nationalsozialismus treten nun also vorsichtige Ansätze, die das Phänomen der Eliten der Vertriebenen in der SBZ/DDR und der Bundesrepublik Deutschland umreißen.

Im Hinblick auf die neuen administrativen Eliten in der SBZ und in der Frühzeit der DDR bis 1955 kommt Michael Schwartz zu dem Ergebnis, dass die beruflichen Chancen für Vertriebene im öffentlichen Dienst der SBZ/DDR wesentlich günstiger waren als in der BRD. Dies sei zum einen auf einen größeren Personalbedarf im Zuge einer Überbürokratisierung zurückzuführen. Zum anderen seien die Verwaltungsapparate im Verlauf der Entnazifizierung und anderer Säuberungsprozesse wesentlich gründlicher als in der Bundesrepublik umgestaltet worden. Ein weiterer spannender Befund: Die Sudetendeutschen waren nach Ansicht von Schwartz „quantitativ und qualitativ sehr viel besser in den dortigen öffentlichen Dienst integriert“ (S. 195 f.) als der mehrheitsgebende Rest der ostdeutschen Vertriebenen. Neben dem höheren Ausbildungsgrad spielten die Antifa-Umsiedler hierfür die ausschlaggebende Rolle: Nach ihrer privilegierten Übersiedlung bildeten sie nicht nur eine verlässliche Kaderreserve, sondern fungierten zusätzlich als Kontrollelement in Bezug auf NS-belastete Landsleute.

Lange Zeit hielt sich in der Bundesrepublik der Vorwurf aus dem Milieu der Vertriebenen, sie seien bei der Vergabe von einflussreichen Positionen in der Bundespolitik beziehungsweise innerhalb der Bundesverwaltung benachteiligt worden. Mathias Beer kommt in seinem „Problemaufriss“ (S. 199) titulierten Beitrag zu Vertreibung und politisch-administrativer Elite in der Bundesrepublik Deutschland im Untersuchungszeitraum bis Ende der sechziger Jahre jedoch zu einem gegenläufigen Ergebnis. Nicht nur im Bundesvertriebenenministerium waren die Vertriebenen im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil überrepräsentiert – „ein klassisches Beispiel von verbandspolitischer Ämterpatronage“ (S. 217). In fast allen anderen Bundesbehörden respektive Bundesministerien stellten die Flüchtlinge und Vertriebenen in quantitativer Hinsicht einen überproportional hohen Anteil an Beamten und Angestellten. Von einer Benachteiligung kann auf diesem Sektor also keine Rede

sein. Im Vergleich zu anderen beruflichen Schichten hat sich hier eine deutlich reibungslosere und früher einsetzende Eingliederung vollzogen. Korrespondierte mit dem zahlenmäßig hohen Einfluss der Vertriebenen auch eine qualitativ gesteigerte Einwirkung auf politische Entscheidungsprozesse? Breite, datengesicherte Studien liegen zu diesem Aspekt nicht vor. Aber es lässt sich konstatieren, dass z.B. nicht jeder Beamte aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten eine ausgeprägte Vertriebenenidentität als Ausgangspunkt seiner politischen und verwaltungstechnischen Arbeit angesehen hat. Die landsmannschaftliche Diversifizierung hat wohl eher einem übergeordneten Gruppenbewusstsein als Flüchtling oder Vertriebener im Weg gestanden. Und nicht zuletzt spielte der Eingliederungsprozess, der seit Gründung der Bundesrepublik assimilatorischem Druck ausgesetzt war, eine Rolle: Eine große Gruppe von Angehörigen aus Vertriebenenfamilien – gerade in der zweiten und dritten Generation – fühlte sich z.B. immer mehr als Bayer und immer weniger als Schlesier.

Familienforschung und Alltagserfahrungen

Wenn auf die Vertriebenen in lebensgeschichtlicher Ausrichtung geblickt wird, steht zumeist die Beobachtung von Einzelschicksalen im Mittelpunkt der Untersuchungen. Dabei kristallisiert sich sehr schnell die Rolle der Frauen beziehungsweise der Mütter während des Migrations- und frühen Integrationsprozesses heraus: Dass sie die meiste Last der Notjahre tragen mussten, gehört schon länger zum Konsens biographischer Forschungsanstrengungen. Das ist die erste These von Laszlo A. Vaskovics in seinem vom Bayerischen Ministerium für Arbeit und Sozialforschung geförderten Projekt zu Flüchtlings- und Vertriebenenfamilien. Damit geht die Studie über „Gesellschaftliche Desorganisation und Familienschicksale“, die im Wesentlichen auf der Befragung von fünfshundert Zeitzeuginnen – Müttern und Töchtern – basiert, einen kleinen und konsequenten Schritt weiter als bisherige Untersuchungen. Flüchtlings- und Vertriebenenenschicksale seien laut Selbstwahrnehmung und persönlicher Interpretation Familienschicksale und eben kein Individualisierungsprozess aus einer Notsituation, so lautet die zweite These. Und die dritte ist ein Plädoyer für die Familie als Keimzelle der Gesellschaft. Bei der Bewältigung des schwierigen Schicksals während der Vertreibung und des langen Eingliederungsprozesses habe die Familie als Solidargemeinschaft eine herausragende Rolle gespielt. Alle drei Thesen werden im Lauf der Untersuchung verifiziert.

Schon die Hälfte aller befragten Familien war in der Folge der Kriegereignisse vor der Zwangswanderung nicht mehr vollständig. Das Fehlen der Männer haben die Frauen kompensieren müssen, deren bisherige Rolle als „Familienmanagerin“ ihnen dabei zugute gekommen sei. Strohalm in bitteren Zeiten: Der Familienzusammenhalt erwies sich in der existentiellen Phase als sehr stark ausgeprägt, der Kreis der Familie wuchs schnell über die Grenzen der Kernfamilie hinaus, nähere und entferntere Verwandte ergänzten oftmals für einen längeren Zeitraum den Solidarkitt. Auch die Kinder trugen durch ihre Funktion als Kontaktpersonen zu anderen Familien erheblich zur sozialen Integration bei.

Vaskovics hebt besonders die „Flexibilität und Elastizität“ (S. 196) der Familienstruktur hervor. Der raschen Anpassungsfähigkeit in der Krisensituation folgte nach

dem Wegfall der ungünstigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen die Rückkehr zu den Strukturen der Vorkriegszeit: Ob die explizit damit gemeinte Remaskulinisierung der Vertriebenenfamilien nach der Rückkehr der Männer durch die Rückkehr zur klassischen Rollenverteilung als positiv gewertet werden mag oder nicht, sei dahingestellt. Für Vaskovics liegt in der enormen Anpassungsfähigkeit des leistungsfähigen gesellschaftlichen Subsystems Familie jedenfalls das Geheimnis ihrer Eigenschaft als Überlebensmodell – bei allen Bruchlinien.

Dem Erinnern kommt im Rahmen der notwendigen Selbstvergewisserung in der neuen Heimat eine zentrale Bedeutung zu. Um den aus der Heimat mitgebrachten Vorrat an Bildern, die nicht selten durch ihre Funktion als Leitsymbole ikonenhafte Status erhielten, geht es in einem Tagungsband des Johannes-Künzig-Instituts.³ Darin kommt unter anderem auch das Zeichensetzen und Erinnern von Flüchtlingsfamilien zur Sprache, hinzu treten Beiträge zur Erinnerungspolitik von Vertriebenenverbänden, zur sudetendeutschen Lyrik der neunziger Jahre sowie eine Interpretation des Kults um St. Hedwig von Schlesien. Maruška Svašek geht es in ihrem Artikel zur „Dynamik der erinnerten und (wieder-)erfahrenen Emotion“ um die Konstruktion und Instrumentalisierung der Erinnerung von Sudetendeutschen zu politischen Zwecken. Damit betrachtet Svašek die Schnittstelle zwischen individueller und kollektiver Identitätsaneignung oder Identitätszuschreibung, der auch im aktuellen Vertriebenen Diskurs eine große Bedeutung zukommt. Immer noch – so die erstaunte Autorin – litten Sudetendeutsche emotional unter Vertreibungserfahrungen und Heimatverlust. Ihre Antwort auf die Frage nach dem Warum ergibt sich durch ihre Fragerichtung: Ihr geht es um eine Analyse des „Gefühlsmanagements“ (S. 59) der Vertriebenen. Allerdings bleibt ihre genaue Herangehensweise im Dunkeln. Sind es zufällige Interviews mit Sudetendeutschen an drei Sudetendeutschen Tagen Ende der neunziger Jahre, die als Hauptquelle dienen? Deshalb bleiben ihre vorsichtig formulierten Ergebnisse eher auf dem Stand von sehr interessanten Hypothesen. So sei der Prozess des Trauerns bei den Sudetendeutschen stark von kollektiven Trauer Ritualen der Vertriebenenorganisationen geprägt worden. Außerdem hätten sich große Teile der gegenwärtigen Vertriebenenpolitiker als Mitglieder einer imaginären Erlebnissgemeinschaft „ein Trauma gewählt“ (S. 77), und die daraus resultierende Opferidentität zur politischen Forderung nach Wiedergutmachung gewendet. Womit wir wieder beim aktuellen Diskurs über Flucht und Vertreibung angelangt wären.

Von „Vertreiberstaaten“ zu EU-Mitgliedern

Aus den gelegentlich als „Vertreiberstaaten“ denunzierten Nachbarn sind schließlich Beitrittsländer geworden. Zu diesem europäischen Annäherungs- und Integrationsprozess gehört selbstverständlich auch die grundsätzliche politische Verständigung über den Umgang mit der Vergangenheit zwischen Deutschland und seinen Nachbarstaaten. War der Wissenschaft das Thema „Flucht und Vertreibung“ in der

³ Vgl. Franzen, K. Erik: Zur Ikonographie des Heimwehs. Erinnerungskultur von Heimatvertriebenen. In: Bohemia 42 (2001) 417–420.

zurückliegenden Auseinandersetzung um die Beneš-Dekrete und das „Zentrum gegen Vertreibungen“ aus den Händen geglitten? Wie bereits angedeutet, hatte sich endlich ein breiter analytisch vergleichender Zugang mit europäischer Perspektive durchgesetzt, der gegen das letztlich aufrechnende Analogisieren kämpfte. Diese Fortschritte sahen nun viele der mit dem Thema vertrauten Wissenschaftler aus vielen Teilen Europas angesichts des Bundestagsbeschlusses vom Sommer 2002 und der zügigen Vorantreibung des Projekts durch die Stiftung des BdV gefährdet. Handelte es sich bei dem national orientierten Konzept der Stiftung um den Versuch der stückweisen Entkontextualisierung der Vertreibung aus kausalen historischen Zusammenhängen – besonders des Nationalsozialismus? Die Wissenschaft reagierte zeitnah und mischte sich mit Konferenzen, Publikationen, Projekten sowie mit Aufrufen direkt in den nun explosionsartig aufbrausenden öffentlichen Diskurs ein, der auch auf der politischen Ebene längst überwunden geglaubte Lagerkämpfe wieder aufbrechen lässt.

Haben wir es hier mit einer schlecht vernarbten Erinnerungswunde zu tun? Es gilt, den gegenwärtigen Trend zur deutschen Opfererinnerung kritisch zu hinterfragen. Es reicht aber nicht, ihn einfach bloß zu stigmatisieren oder unterdrücken zu wollen, seine Funktionalisierung muss untersucht werden!

Im Fall von „Flucht und Vertreibung“ kann man zur Zeit sehr anschaulich die Hinwendung zum kulturellen Gedächtnis beobachten. Das geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ muss auch deshalb genau beleuchtet werden, weil es sich nach derzeitigem Stand um ein Erinnerungsbild von Vertriebenenlobbyisten handelt, die sich die berechnete Frage stellen lassen müssen, welche mittel- und langfristigen Ziele sie damit verfolgen. Der Kampf um die Deutungshoheit des Themas „Flucht und Vertreibung“ ist in vollem Gange.

Besprochene Publikationen

Glötz, Peter: Die Vertreibung. Böhmen als Lehrstück. München 2003.

Perzi, Niklas: Die Beneš-Dekrete. Eine europäische Tragödie. St. Pölten, Wien, Linz 2003.

Schulze, Rainer/Rohde, Reinhard/Voss, Rainer (Hgg.): Zwischen Heimat und Zuhause. Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in (West-) Deutschland 1945-2000. Osnabrück 2001 (Quellen und Darstellungen zur Geschichte des Landkreises Celle 6).

Naumann, Klaus (Hg.): Nachkrieg in Deutschland. Hamburg 2001.

Schulz, Günther (Hg.): Vertriebene Eliten. Vertreibung und Verfolgung von Führungsschichten im 20. Jahrhundert. München 2001 (Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit 24).

Vaskovics, Laszlo A.: Gesellschaftliche Desorganisation und Familienschicksale. Flüchtlings- und Vertriebenenfamilien des Zweiten Weltkriegs. München 2002 (Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge 9).

Fendl, Elisabeth (Hg.): Zur Ikonographie des Heimwehs. Erinnerungskultur von Heimatvertriebenen. Referate der Tagung des Johannes-Künzig-Instituts für ostdeutsche Volkskunde vom 4. bis 6. Juli 2001. Freiburg 2002 (Schriftenreihe des Johannes-Künzig-Instituts 6).